

WAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

## Aufwind für die Grünen

**Während die CDU von Affären erschüttert wird, stehen die Grünen vor einem Wahlsieg in Baden-Württemberg - und sie wollen mehr. Doch gerade bei grünen Kernthemen schwächelt die Kretschmann-Regierung.**

Martin Buchenau, Silke Kersting Berlin, Stuttgart

Impfdesaster, Testdebakel und die Masken-Affäre - kurz vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg steckt die Union in einer tiefen Krise. Genau das könnte den Grünen bei ihrem weiteren Aufstieg nutzen. Vor allem in Baden-Württemberg haben sie am Wochenende bereits die erste Gelegenheit dazu. Im Ländle kämpft Winfried Kretschmann, einziger grüner Ministerpräsident in der Republik, um seine Wiederwahl - und es sieht gut für ihn und seine Grünen aus. Die Turbulenzen um die Korruptionsvorwürfe und Rücktritte von Abgeordneten bei CDU und CSU könnten diese weiter verbessern. Für die Bundespartei ist Kretschmann seit Langem ein Aushängeschild. Nach den Wahlen 2011 bildeten die Grünen in Baden-Württemberg als zweitstärkste Kraft nach der Union noch ein Bündnis mit der SPD. 2016 landeten sie dann mit 30,3 Prozent der Stimmen auf Platz eins.

Kretschmann wurde Regierungschef der ersten grün-schwarzen Koalition. Und genau darum geht es in Baden-Württemberg auch am nächsten Sonntag: um die Verteidigung von Grün-Schwarz oder - aus Sicht der CDU - um ein Werben für Schwarz-Grün, auch wenn das ziemlich unwahrscheinlich sein dürfte. Schon in einer am Freitag veröffentlichten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen liegen die Grünen in Baden-Württemberg nun mit 35 Prozent vor der CDU mit 24 Prozent.

Für den Bund und die Wahlen im September haben die Zahlen kaum Bedeutung. Dennoch wecken sie Begehrlichkeiten. Und das Ziel ist aber klar: Die Grünen, momentan die kleinste Oppositionsfraktion im Bundestag, wollen auch um die politische Führung des ganzen Landes kämpfen. "Ich weiß, es ist ein hoher Anspruch. Ein kühner, vielleicht ein frecher", sagte Robert Habeck im November auf dem Bundesparteitag. Bislang haben es die Grünen offengelassen, ob sie Parteichefin Annalena Baerbock oder Co-Chef Habeck als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl nominieren.

/// Kein Frontalangriff ///

Bundesweite Umfragen sehen die Grünen seit Monaten stabil bei rund 20 Prozent, hinter der Union, aber vor der SPD. Zuletzt gaben sie ihre Zurückhaltung auf, das Corona-Management der Bundesregierung zu kritisieren. Inzwischen nutzen sie gern jedes Mikrofon, um einerseits der Koalition zu bescheinigen, völlig vom Kurs abgekommen zu sein. Die Masken-Affäre um den baden-württembergischen Abgeordneten Nikolas Löbel spielt ihnen dabei in die Hände. Der Politiker der Südwest-CDU hatte für die Vermittlung von Schutzmasken eine Provision von 250.000 Euro kassiert und trat am Montag nach tagelangem Zögern mit sofortiger Wirkung von seinem Mandat zurück.

"Wirtschaftskompetenz beinhaltet auch ethische Maßstäbe, doch Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei der Union da offenkundig weit auseinander, wenn persönliche Interessen derart über das Gemeinwohl gestellt werden", sagte Grünen-Politiker Danyal Bayaz dem Handelsblatt. Der gebürtige Heidelberger leitet in Berlin den Wirtschaftsbeirat der Fraktion und pflegt engen Kontakt zu vielen Unternehmen. Doch die Grünen schalten nicht auf kompletten Frontalangriff. Die Partei will sich als progressive Kraft der Mitte präsentieren, die das große Ganze in den Blick nimmt. Deswegen hat auch Bayaz kein Interesse an einer völligen Demontage der Union: "Die Partei ist immerhin ein demokratischer Pfeiler in Deutschland." Er wolle nicht, "dass da etwas verrutscht, so sehr wir auch im politischen Wettbewerb stehen".

Diese gemäßigte Strategie erleichtert auch den Umgang mit der Wirtschaft. Gerade in Baden-Württemberg haben sich die Unternehmen mit dem schwarz-grünen Bündnis längst arrangiert. Grün mit schwarzem Beifahrer ist den Unternehmern in Baden-Württemberg lieber als die Vorgängerregierung Grün-Rot. Beim Fernsehduell des SWR vor einigen Tagen trafen denn auch nur die beiden Kontrahenten Kretschmann und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann aufeinander, die die Regierungsbank ohnehin teilen. Kein anderer Politiker von den im Landtag vertretenen Parteien war in der Runde vertreten.

"Eine Regierung aus Grünen und CDU halte ich für pragmatisch und zukunftsorientiert", sagt Ulrich Dietz, Hauptgesellschafter des IT-Dienstleisters GFT und mit seinem privaten Geld stark in der Start-up-Szene engagiert. Vor wenigen Monaten kaufte der umtriebige Unternehmer Daimler die Zukunftswerkstatt "Lab 1881" für mehrere Hundert Millionen Euro ab. Dietz, der auch Vizepräsident des IT-Verbands Bitkom ist, sieht es pragmatisch: Die grün-schwarze Regierung habe "in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet". Jetzt müssten die Projekte Stück für Stück weiterentwickelt werden. Dietz ist nicht unbedingt im Lager der Grünen zu verorten. Doch bis sich neue Konstellationen gefunden hätten, etwa eine Koalition aus Grünen, SPD und FDP, seien wieder zwei Jahre verloren, so Dietz: "Wir haben keine Zeit mehr für Findungsprozesse, es muss jetzt umgesetzt werden."

Nach zehn Jahren Kretschmann scheint es nicht mehr so entscheidend, dass der Ministerpräsident wie zuvor jahrzehntelang von der CDU gestellt wird. Das ist unbestritten eine Leistung des mittlerweile 72-jährigen Politikers, der sich nun für die dritte Amtszeit bewirbt. Die Ökopartei ist zwar in elf Bundesländern mit an der Regierung beteiligt - stellt aber nur einmal den Regierungschef. "Es lohnt sich, für Platz eins zu kämpfen", sagt Bayaz. "Wenn man eine Regierung als größerer Koalitionspartner anführt, kann man auch mehr bewegen. Die wirtschaftspolitische Bilanz der grün-geführten Regierung könne sich sehen lassen. Zukunftstechnologien wie Wasserstoff oder Künstliche Intelligenz habe man "konsequent ausgebaut und wichtige Impulse in unsere Leitbranchen wie der Automobil- oder Gesundheitswirtschaft gesetzt".

Einer, der das Regierungshandeln der Grünen auf Länderebene genau im Blick hat, ist der Politikwissenschaftler Arne Jungjohann. Seine Bilanz: Wo die Grünen mitregieren, sind die Regierungen ehrgeiziger bei der ökologischen Modernisierung. Allerdings sei Kretschmann "sicher nicht die ökologische Speerspitze seiner Partei". Das aber wäre "für den Landesvater eines eher konservativ geprägten Landes auch die falsche Erwartung". Kretschmann verkörpere die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Das schlage sich in hohen Zustimmungswerten parteiübergreifend nieder. Deshalb habe er große Chancen auf eine dritte Amtszeit. "Kretschmanns Wiederwahl", sagt Jungjohann, "wird zum Stachel im Fleisch der CDU, die die ökologische Frage zu lange links liegen gelassen hat."

In der Autopolitik gibt Kretschmann Jungjohann zufolge den "pragmatischen Oberreale". Einerseits suche er mit Ministerpräsidenten der anderen Autoländer den Schulterchluss, um vom Bund Unterstützung für die Autoindustrie zu fordern. Andererseits mausere sich Baden-Württemberg unter Kretschmanns Ägide bundesweit zur Leitregion von E-Mobilität mit dem Aufbau einer dichten Ladeinfrastruktur, Investitionen in die Batterieforschung und Zuschüssen für die Anschaffung von E-Bussen und E-Lastenrädern. "Da ist er Überzeugungstäter, auch wenn der heimische Autokonzern bei der Elektromobilität eher hinterherhinkt."

Kretschmanns Strategie-Dialog mit der Autoindustrie mache deutlich, in welchem Bereich die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen liegen: in der Transformation des Automobillandes Baden-Württemberg, sagt der Politikwissenschaftler Michael Wehner, der seit 30 Jahren die Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung leitet. Es sei zu lange auf den Verbrennungsmotor Diesel gesetzt worden, "bevor das Thema E-Mobilität angepackt und zur Chefsache gemacht wurde". Die Gewerkschaften, so Wehner, malten bereits das Bild von mehreren kleinen Detroits an die Wand und sehen die 500.000 Auto-Arbeitsplätze im Ländle als sehr gefährdet an. "So wird tragischerweise der grüne Ministerpräsident gegen Ende seiner Amtszeit hin zum Auto-Lobbyisten, wenn auch in elektrischem Gewande."

Der Ministerpräsident habe seine Politik auf einer soliden Basis der jahrzehntelangen CDU-Politik auf- und ausgebaut, bilanziert Roland Mack, Inhaber des Europa-Parks, größter konzernunabhängiger Freizeitpark in Europa. "Diese Position hat er auf seine Weise in den vergangenen zehn Jahren durchaus mit Erfolg umgesetzt. Viele Themen wurden gemeinsam mit den Koalitionspartnern pragmatisch und auch gut gelöst." Dennoch vermisst Mack mehr Tempo, etwa in der Verkehrspolitik beim sechsspurigen Ausbau der A5 oder beim Ausbau der Bahn im Rheintal. "Gerade von einer Landesregierung unter grüner Führung hätte ich beim Thema Bahn mehr erwartet", sagt Mack.

Ein Kernthema der Grünen ist in Baden-Württemberg noch entwicklungsfähig: Der Anteil der erneuerbaren **Energien** an der Stromerzeugung betrug nach Angaben des Statistischen Landesamts von Dezember 2020 im Jahr 2019 nur 31 Prozent. Das ist nicht rekordverdächtig. Im Bundesdurchschnitt erreicht der Wert knapp 50 Prozent.

Windreiche Länder wie Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein liegen deutlich vor dem Ländle. Aber auch Hessen und Rheinland-Pfalz verzeichnen höhere Werte, und auch dort gibt es mittlerweile einen nennenswerten Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung. Davon kann in Baden-Württemberg nicht die Rede sein. Zwar haben die Baden-Württemberger in ihrem sonnenreichen Land reichlich Photovoltaikanlagen installiert. Bei der Windkraft, dem Arbeitspferd der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen, hinken sie hoffnungslos hinterher. "Die Standortsuche für den weiteren Windkraftausbau gestaltet sich gerade schwierig", heißt es im letzten Bundesländer-Vergleich der Agentur für **Erneuerbare Energien** (AEE).

Im bundesweiten AEE-Ranking belegt das einzige Land, das von einem Grünen geführt wird, ausgerechnet beim Thema **erneuerbare Energien** nur Platz zwei hinter Schleswig-Holstein. Zwar attestiert die Agentur Baden-Württemberg große Anstrengungen für den Ausbau der Erneuerbaren, aber nicht die größten Erfolge bei der Umsetzung.

Seit die Grünen regieren, treiben sie allerdings den Umbau des baden-württembergischen **Energieversorgers** EnBW zu einem modernen, sauberen **Energiedienstleister** voran. Die EnBW baut derzeit den größten Solarpark Deutschlands ohne Förderung - allerdings in Brandenburg, nicht im eigenen Bundesland.

/// Wohnungsnot als drängendes Problem //

Mitunter nutzt Kretschmann seine Position als Ministerpräsident, um bundespolitische Impulse beim Klimaschutz zu setzen. Zusammen mit den Regierungsgreenen in anderen Bundesländern setzte er gegen die Große Koalition einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis im Klimapaket durch. Ein Stück weit überlagert wird die Bilanz der grün-schwarzen Wirtschaftspolitik von den Kosten für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und den Kosten des Lockdowns, der zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen geführt hat.

Wie in anderen Bundesländern auch ist das Thema Wohnungsnot eines der drängendsten Probleme. Hier hat die Koalition die Mittel für den Sozialwohnungsbau gegenüber der vorangegangenen Legislatur verdoppelt, was Kritiker aber immer noch für zu

